

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Caren Lay, Sabine Leidig,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.**

– Drucksache 19/10349 –

Ausverkauf von Bahnliegenschaften beenden

A. Problem

Öffentliche Grundstücke und Wohnungen, die mit der Bahnreform 1994 an die Deutsche Bahn AG (DB AG) und an das Bundeseisenbahnvermögen (BEV) übertragen wurden, werden seitdem zum Höchstpreis privatisiert. Die DB AG verbucht die dabei erzielten Einnahmen als Konzerngewinn.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/10349 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender

Rüdiger Kruse
Berichterstatter

Thomas Jurk
Berichterstatter

Marcus Bühl
Berichterstatter

Christoph Meyer
Berichterstatter

Victor Perli
Berichterstatter

Sven-Christian Kindler
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Rüdiger Kruse, Thomas Jurk, Marcus Bühl, Christoph Meyer, Victor Perli und Sven-Christian Kindler

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 104. Sitzung am 6. Juni 2019 den Antrag auf **Drucksache 19/10349** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur sowie an den Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, den Ausverkauf von Bahnliegenschaften zu stoppen und dafür umgehend einen Gesetzentwurf vorzulegen, so dass Grundstücke im Eigentum der DB AG an das BEV zurückfallen, soweit sie für den zukünftig wachsenden Bahnverkehr nicht mehr notwendig sind und das BEV verpflichtet wird, Liegenschaften verbilligt – vorwiegend im Erbbaurecht und zum Zwecke des sozialen Wohnungsbaus – an Kommunen, Genossenschaften oder andere gemeinwohlorientierte Träger abzugeben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/10349 in seiner 47. Sitzung am 26. Juni 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen** hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/10349 in seiner 27. Sitzung am 26. Juni 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/10349 in seiner 40. Sitzung am 26. Juni 2019 abschließend beraten.

Der **Haushaltsausschuss** beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 19/10349 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD gefasst.

Berlin, den 26. Juni 2019

Rüdiger Kruse
Berichtersteller

Thomas Jurk
Berichtersteller

Marcus Bühl
Berichtersteller

Christoph Meyer
Berichtersteller

Victor Perli
Berichtersteller

Sven-Christian Kindler
Berichtersteller

